



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Portugal vor den Präsidentschaftswahlen*



Eine Woche vor den Direktwahlen zur Präsidentschaft am 22. Januar in Portugal sieht der ehemalige

Regierungschef Aníbal Cavaco Silva (Foto) von der liberal-konservativen PSD bereits wie der sichere Sieger aus. Alle Umfragen bescheinigen dem PSD-Kandidaten einen mehr als deutlichen Vorsprung vor seinen Mitbewerbern. Der populäre Cavaco Silva geht als einziger Kandidat aus dem bürgerlichen Lager ins Rennen, während die in Lissabon regierenden Sozialisten ungewollt mit zwei Kandidaten aufwarten. Mit dem einstigen Staatspräsidenten Mario Soares präsentierte die Sozialistische Partei (PS) unter ihrem jungen Ministerpräsidenten José Sócrates im vergangenen Herbst zwar einen hochkarätigen, aber mit seinen 81 Jahren eher Verlegenheitskandidaten ohne größere Aussichten auf Erfolg. Der sozialistische Politdichter Manuel Alegre nahm dies zum Anlass, seine eigene Kandidatur anzumelden, um – wie er betonte – doch noch einen konservativen Präsidenten zu verhindern. PS-Chef Sócrates empfand die Gegenkandidatur Allegres als Brückierung und verbot daraufhin

jegliche Unterstützung des alternativen Kandidaten durch Parteibüros. Nichtsdestotrotz liegt Alegre in einer am 11. Januar in der portugiesischen Tageszeitung "Diário de Notícias" veröffentlichten Umfrage mit 13,9 Prozent knapp vor Soares (13,5 Prozent). Beide sozialistischen Kandidaten liegen wenige Tage vor der Wahl aber weit abgeschlagen hinter Cavaco Silva, der mit 60,3 Prozent über einen komfortablen Vorsprung verfügt und sich berechtigte Hoffnungen macht, die Wahl schon im ersten Durchgang für sich zu entscheiden. Sollte er die 50-Prozent-Marke am Wahltag unterschreiten, würde eine Stichwahl zwischen den beiden best platzierten Kandidaten entscheiden. Doch selbst für den unwahrscheinlichen Fall eines zweiten Wahlganges, in dem sich die Linke hinter einem einzigen Kandidaten versammeln könnte, rechnet in Portugal niemand ernsthaft damit, dass Cavaco Silva auf seinem Weg in den Präsidentenpalast noch scheitern könnte. Während seine Mitbewerber mehr mit sich selbst beschäftigt sind, kommt der stärkste Kritiker noch aus Cavaco Silvas eigener Partei. Der ehemalige Regierungschef Santana Lopes, dessen wenig glückliche Amtsfüh-

zung schließlich zu den vorgezogenen Neuwahlen Anfang 2005 und der absoluten Mehrheit der Sozialistischen Partei führte, erklärte öffentlich, wenn Cavaco Silva Staatspräsident würde, wisse der Bürger nicht mehr, wer im Land das Sagen habe – Cavaco Silva oder Regierungschef Sócrates. Dabei ist eine solche Konstellation, in der Regierungschef und Staatspräsident aus unterschiedlichen politischen Lagern stammen, in Portugal durchaus üblich. Lange Jahre haben konservative Regierungen mit einem sozialistischen Präsidenten zusammengearbeitet. Jetzt könnte diese Situation erstmals unter umgekehrten Vorzeichen eintreten. Denn seit der Nelkenrevolution von 1974 hat es noch nie ein Kandidat aus dem konservativen Lager ins Amt des Staatspräsidenten geschafft. Auch die Äußerungen von Cavaco Silvas parteiinternem Intimfeind, Santana Lopes, werden die Premiere wohl nicht mehr gefährden können, da dieser sowohl bei der PSD als auch in der portugiesischen Öffentlichkeit nur noch wenig Rückhalt besitzt. Entsprechend ruhig und selbstsicher reagierte der Kandidat auf die Kritik. Auf das Thema angesprochen, antwortete er – schon ganz Staatsmann –, die Äußerungen von Santana Lopes verdienen keinen Kommentar.



Die PSD unter der Parteiführung von Luis Marques Mendes (Foto) rechnet ihrerseits fest mit einem Aufschwung durch den Wahlsieg ihres Präsidentschaftskan-

didaten. Sie will damit zugleich einen Schlussstrich unter die innerparteilichen Zwistigkeiten infolge des Regierungsverlustes ziehen und hofft, sich demnächst endlich als ernst zu nehmende Alternative zur sozialistischen Regierung Sócrates in Szene setzen zu können.

## >> US-Veto gegen Rüstungsverkäufe Spaniens an Venezuela

Der geplante Verkauf von 12 Flugzeugen aus spanischen Beständen an Venezuela scheitert möglicherweise am Veto der US-Regierung. Da die Flugzeuge – 10 Transportflugzeuge vom Typ C-295 und 2 Seeaufklärer vom Typ CN-235 im Gesamtwert von 500 Millionen Euro – mit Bauteilen und Technologie aus US-amerikanischer Herstellung ausgestattet sind, benötigt die spanische Regierung bzw. das Rüstungsunternehmen EADS-CASA beim Weiterverkauf an Drittstaaten eine Autorisierung der US-Regierung. Eduardo Aguirre (Foto), US-Botschafter in Madrid, setzte den spanischen Außenminister Miguel Angel Moratinos



jetzt davon in Kenntnis, dass die US-Regierung keine Ausfuhrgenehmigung für den Rüstungsdeal erteilen wird. Als Begründung führt die Bush-Administration an, dass die Regierung des Linkspopulisten Hugo Chávez, auch wenn sie demokratisch gewählt worden sei, die demokratischen Institutionen sys-

tematisch untergrabe. Zudem würden die Handlungen und jüngsten Erklärungen der venezolanischen Regierung zur Instabilität der Region beitragen. Vor diesem Hintergrund würde der geplante Rüstungsdeal die Situation weiter verkomplizieren, so die US-Regierung. Aufgrund des US-Vetos macht der Deal aus wirtschaftlicher Sicht keinen Sinn mehr. Zwar könnten die betreffenden Bauteile theoretisch auch durch Komponenten aus europäischer Produktion ersetzt werden; dies wäre nach Ansicht von Experten aber nicht rentabel. Nichtsdestotrotz hält die Regierung Zapatero an dem Vertrag fest und begibt sich auf die Suche nach Ersatz, wie die Vizeregierungschefin María Teresa Fernández de la Vega bekannt gab. Diese Entscheidung wurde von der Volkspartei, welche das US-Veto begrüßt hatte, umgehend kritisiert. Ihr außenpolitischer Sprecher im Parlament,



Gustavo de Arístegui (Foto), betonte, nun sei klar, dass die Regierung mit dem Deal keine wirtschaftlichen, sondern politische Ziele verfolge. Den aktuellen „Schmusekurs“ der PSOE-Regierung mit Hugo Chávez und seinem Mentor Fidel Castro hält die Volkspartei für höchst bedenklich.

## >> Zapatero stimmt der Bezeichnung „Nation“ für Katalonien zu

Nachdem sich die sozialistische Regierung Zapatero anscheinend mit

den katalanischen Sozialisten von der PSC, der gemäßigt katalanisch-nationalistischen CiU und den katalanischen Grünen (ICV) darüber handelseinig geworden ist, die Bezeichnung Kataloniens als „Nation“ in die Präambel des neuen Autonomiestatuts aufzunehmen, kam es zu heftigen Protesten bei der



Volkspartei. Wie PP-Generalsekretär Angel Acebes (Foto) hervorhob, sei es vollkommen gleich, ob der Begriff „Nation“ lediglich in der Präambel genannt werde oder im Artikelwerk der Landesverfassung. In beiden Fällen würde Spanien als „einzige Nation“ aufhören zu existieren. Damit wäre eine Änderung des Staatsmodells verbunden; Spanien wäre nicht mehr, was es heute sei. Dies sei gleichbedeutend mit dem Auseinanderbrechen des spanischen Staates, so Acebes eindrücklich. Regierungsvertreter argumentierten dagegen, dass der Begriff „Nation“, wenn er in der Präambel genannt würde, lediglich deklaratorischer Art sei, aber keine rechtlich bindende Wirkung entfalte. Diese Interpretation weist die PP jedoch scharf zurück. Angesichts der Tatsache, dass der Chef der nationalen Regierung bereit sei, die Einheit der spanischen Nation aufzugeben, befinde man sich in einer schweren nationalen Krise, erklärte der PP-Generalsekretär. Zugleich kündigte er Initiativen der Volkspartei an, mit denen ein Referendum über die katalanische Autonomiereform erzwungen werden

soll. Wenn man Spanien als Nation auflösen wolle, dann ginge das nur, wenn alle Bürger dazu ihre Meinung abgeben könnten. Schon kurz nach der Verabschiedung des Entwurfs der neuen Landesverfassung im katalanischen Regionalparlament hatte die PP die Reform als „verdeckte Verfassungsänderung“ kritisiert. PP-Vertreter sprachen sogar von einer Aushöhlung der spanischen Verfassung wie zu Zeiten der Weimarer Republik. Angesichts der jüngsten Zugeständnisse der Regierung Zapatero an die katalanischen Nationalisten sieht sich die Volkspartei in ihrer diesbezüglichen Auffassung bestätigt.

### >> **Galiciens Volkspartei wählt Manuel Fragas Nachfolger**

Am Sonntag wählten die 2.300 Delegierten des Sonderparteitags der Volkspartei Galiciens die neue Parteiführung. Die Wahl, die minutiös und sehr sorgfältig von der nationalen PP-Führung in Madrid vorbereitet wurde, war die Konsequenz der Regionalwahl vom 19. Juni 2005, als der Regionalpräsident und PP-Gründungsvater Manuel Fraga im Alter von 82 sein Amt nach 16 Jahren verlor. Fraga übernahm die Verantwortung für die Wahlniederlage und trat daraufhin von allen Parteiämtern zurück. Zum Nachfolger wurde mit 96 Prozent der abgegebenen Stimmen erwartungsgemäß der 44-jährige Alberto Núñez Feijóo (Foto) gewählt. Als „Mann Rajoys“, wie er sich selbst bezeichnete, ist Feijóo



ein enger Vertrauter von Fraga und war dessen Stellvertreter in der galicischen Regierung. Feijóo ist die erste Wahl Rajoys, selbst Galicier, für das Amt des PP-Vorsitzenden in seiner Heimatregion im äußersten Nordwesten des Landes. Zuvor hatte es zahlreiche Rangeleien um die Nachfolge Fragas gegeben. So hatte Rajoys Erzfeind in Galicien, Xosé Cuiña, selbst das Amt angestrebt, um Rajoy auf nationaler Ebene herauszufordern.

Die neue Parteiführung in Galicien ist auf dem Sonderparteitag bedeutend verjüngt worden. Zahlreiche Frauen, darunter eine afrikanische Einwanderin, wurden in die neue Parteiführung hinein gewählt. Feijóo versprach seinem Vorgänger, „niemals ein Judas“ zu werden in Anspielung auf einige Parteifreunde, die im Vorfeld der Regionalwahl im vergangenen Jahr Manuel Fraga in den Rücken gefallen waren. In seiner Abschiedsrede bat das PP-Urgestein Fraga seine Partei um Verzeihung für begangene Fehler. Er wolle jetzt als Senator in Madrid seiner Heimat Galicien weiter dienen, betonte der 83-jährige Fraga.

### >> **Kongress der illegalen ETA-Partei Batasuna**

Die für den 21. Januar angekündigte Jahresversammlung der Batasunapartei, die als politischer Arm der baskischen Terrororganisation ETA unter Ministerpräsident José María Aznar (PP) verboten



wurde, sorgt in der politischen Landschaft Spaniens für enormen Zündstoff. Während die oppositionelle Volkspartei die Regierung der Untätigkeit im Kampf gegen den Terrorismus bezichtigt, sorgten die jüngsten Äußerungen von José Luis Rodríguez Zapatero für Aufregung und Bestürzung. Zu dem Thema befragt, antwortete der Regierungschef, über die Rechtmäßigkeit der Versammlung müssten die Gerichte befinden, deren Entscheidung seine Regierung respektiere. Zugleich bezeichnete er das Parteiengesetz, auf dessen Grundlage Batasuna verboten wurde, als „sehr restriktiv“ und dessen Anwendung als „delikat“. Auch die individuellen Freiheitsrechte wie das Versammlungsrecht müssten geachtet werden, betonte der Regierungschef. Die PP reagierte mit Entsetzen auf diese Worte, die sie als ein Verhandlungsangebot an die ETA interpretiert. PP-Chef Mariano Rajoy sieht das Schweigen und die Untätigkeit der Regierung gegenüber der illegalen Batasuna-Partei gar als Teil einer komplexen Strategie. Zapatero wolle einen Waffenstillstand der ETA um jeden Preis, damit ihm die Wähler die Nichteinhaltung der Gesetze und Beugung der Verfassung in Bezug auf Batasuna und das katalanische Autonomiestatut nachsehen würden, so der harte Vorwurf Rajoy.



Für die PP ist der Fall klar: Als illegale, terroristische Vereinigung dürfe Batasuna keine Versammlung abhalten, betonte die baski-

sche PP-Vorsitzende María San Gil (Foto). Dass Batasuna auf zu Tausenden aufgehängten Plakaten sogar mit dem offiziellen ETA-Symbol – eine um einen Stab geschlungenen Schlage – werbe, beweise zum einen, dass ETA und Batasuna identisch seien und zeige zum anderen, wie sicher sich die Terroristen inzwischen wieder fühlten, so San Gil weiter. Darüber hinaus werde deutlich, dass ETA und Batasuna offensichtlich keine unmittelbare Verfolgung durch Sicherheitsbehörden befürchteten.

Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:  
Michael Däumer

Zusammengestellt:  
Stefan Reith

Design: Normann Kreuter  
Postanschrift:

Plaza de Castilla 3, 16-D 2  
28046 Madrid, España

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)